

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD-LAND BREMEN

Die neue Parteivorsitzende „punktet bei der Parteibasis“ so titelte der Weser-Kurier zum Auftritt von Saskia Esken auf unserer Jahresauftaktveranstaltung, mehr als 350 Gäste waren in die tolle Location, dem Heizkraftwerk auf dem Gelände der ehemaligen Tabakfabrik in Bremen-Woltmershausen, gekommen.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ (Bert Brecht)

FÜR DIE SPD GILT GESTERN WIE HEUTE: KEIN FUSSBREIT DEM FASCHISMUS!

Sascha Karolin Aulepp, Vorsitzende SPD Land Bremen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von
den Autoren verant-
wortet.

Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Marieke Meinhart
(V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Die Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen hat alle Demokrat*innen in Deutschland schockiert. Zum ersten Mal haben FDP und CDU mit der AfD gemeinsame Sache gemacht und ihr damit zu realer Macht auf Landesebene verholfen. Und beide Parteien, die dem „D“ in ihren Namen zum Trotz den unverzeihlichen Tabubruch begangen haben, zusammen mit Faschisten einen Ministerpräsidenten zu wählen, verkennen anscheinend immer noch den Ernst der Lage. Anders lassen sich die Rufe von Christian Lindner nach einer „Expertenregierung“ und die Kopflosigkeit der CDU im Bund und in Thüringen nicht erklären. Anstatt den sehenden Auges verursachten Schaden zu begrenzen und zusammen mit rot-rot-grün eine Lösung zu finden, verliert man sich in parteiinternen Streitereien.

Bodo Ramelow ist ein Kandidat, der von der Bevölkerung breit getragen und bereit ist, weiter Verantwortung für Thüringen zu übernehmen. Mit konkreten Regierungsvorhaben, die auch für FDP und CDU grundsätzlich anschlussfähig sein könnten. Ein Armutszeugnis für zwei Parteien, die sich sonst „pragmatischer und ideologiefreier“ Politik rühmen. Klar ist: Das war kein Zufall, und das war auch kein Unfall. Davon zeugen auch die an Kemmerich gerichteten Gratulationen, das Zögern der FDP-Führung, Konsequenzen aus Thüringen einzufordern, und das Zögern der Thüringer FDP, Konsequenzen zu ziehen. Mit ihrem unverantwortlichen und geschichtvergessenen Vorgehen haben die bürgerlichen Parteien in Thüringen den demokratischen Grundkonsens, keine gemeinsame Sache mit Faschisten zu machen, verlassen. Dass auch aus der

Bremer FDP zur Wahl Kemmerichs gratuliert wurde, erschreckt und zeugt von fehlendem politischen Bewusstsein. Es ist goldrichtig, aber auch notwendig, dass die SPD geschlossen klare Kante gegen rechts zeigt. Ich bin überzeugt: nur der sofortige und laute Aufschrei quer durch die Bundesrepublik, die spontanen Demonstrationen, an denen sich viele Sozialdemokrat*innen in ganz Deutschland beteiligt haben, und auch die glasklaren Forderungen der SPD-Führung haben CDU und FDP zu einer klaren Positionierung und Thomas Kemmerich zum Rücktritt gezwungen. Das Geschehene ist nicht ungeschehen zu machen, die Gefahr ist noch nicht gebannt, wir werden wachsam und mißtrauisch bleiben, und da wo es nötig ist, unsere Stimme erheben: Kein Fußbreit den Faschisten, weder auf den Straßen noch in den Parlamenten. ■



FOTO: SPD LAND BREMEN

Tag zwei des Besuchs der neuen Parteivorsitzenden Saskia Esken (im Bild in der Mitte) im Land Bremen führte sie am 18. Januar 2020 nach Bremerhaven. Die immense Bedeutung des Hafens nicht nur für Bremerhaven und das Land Bremen, sondern weit darüber hinaus für die Wirtschaft in Deutschland war das Thema beim Besuch der Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) und einer Rundfahrt über die Terminals. Mit dabei waren unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp und unser Bundestagsabgeordneter Uwe Schmidt.



FOTO: SPD LAND BREMEN

Am Vormittag hatte Uwe Schmidt auf den Dampfbrecher Wal zum „Schnack“ eingeladen. Dabei kamen alle Themen auf den Tisch, die die Seestädter aktuell so beschäftigen. Saskia Esken, Sascha Karolin Aulepp und Uwe Schmidt standen Rede und Antwort. Die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener freuten sich über den direkten Austausch mit der neuen Parteivorsitzenden. Das Schiff war bis auf den letzten Platz gefüllt.



FOTO: SPD LAND BREMEN

Zum Dank gab es einen beeindruckenden Blick vom Balkon des BLG-Gebäudes auf das Hafengelände mit dem „größten Parkplatz Europas“. Hier werden pro Jahr über zwei Millionen Fahrzeuge umgeschlagen: 2.000 Arbeitsplätze allein im Fahrzeugumschlag! Beim BLG-Besuch waren auch Claudia Schilling, Senatorin für Wissenschaft und Häfen, und der Vorsteher der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, Torsten von Haaren, dabei.

SPD-Gewerkschaftsrat fordert TARIFBINDUNG ERHÖHEN

Am 24. Januar 2020 traf turnusgemäß der Gewerkschaftsrat der SPD im Land Bremen zusammen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sprachen mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD im Land Bremen über Probleme und Erwartungen der Beschäftigten. Zentrales Thema des Treffens war die Sicherung und der Ausbau der Guten Arbeit in Bremen. Hierzu, so das Fazit des SPD-Gewerkschaftsrats, muss die Tarifbindung im Land Bremen dringend erhöht werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Initiative des Senats begrüßt. Weitere Schritte, etwa beim Tariftrue- und Vergabegesetz, müssen nun folgen, um die Tarifbindung in Bremen und Bremerhaven effektiv zu steigern. Darüber hinaus ist die Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung in Zeiten der digitalen Transformation der Arbeit ein Thema, das den Gewerkschaftsrat der SPD Bremen bewegt.

Die Sicherstellung der betrieblichen Mitbestimmung ist eine zentrale Aufgabe für das Land Bremen. „Es ist nicht akzeptabel, dass die Tarifbindung im Lande Bremen immer weiter abnimmt,“ betonte unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp: „Wir wollen, dass künftig wieder deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Tarifverträgen profitieren. Ich bin mir mit dem Bürgermeister Andreas Bovenschulte einig, dass wir auch die Hürden senken wollen, um Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. So können wir es erreichen, dass Branchentarifverträge auch für solche Betriebe gelten, die selbst nicht dem Arbeitgeberverband angehören. Von verbindlichen Standards profitieren gerade auch die Unternehmen, die schon heute ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tariflich bezahlen. Sie werden so wirksam vor Billig-Heimern geschützt.“

Dazu Annette Düring, Vorsitzende des DGB Bremen-Elbe-Weser: „Der Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven steht vor großen Herausforderungen. Trotz Verbesserungen in den letzten Jahren, sind viele Beschäftigte, insbesondere Frauen, noch immer von prekärer, atypischer Beschäftigung betroffen. Die digitale Transformation der Arbeit droht zudem die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu gefährden. Um Gute Arbeit in Bremen und Bremerhaven zu sichern, sind daher zwei Dinge notwendig: Wir brauchen eine höhere Tarifbindung. Diese muss politisch unterstützt werden. Darüber hinaus müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten auch in der digitalen Transformation gewahrt bleiben.“ Hintergrund der Gespräche war u. a. die stark gesunkene Tarifbindung. Nach einer Befragung der Arbeitnehmerkammer ist im Land Bremen der Anteil der nach Tarif Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren von 67 Prozent auf 55 Prozent zurückgegangen. Tarifbeschäftigte verdienen in der Regel mehr als Nichttarifbeschäftigte. Zurückgehende Tarifbindung bedeutet aber nicht nur weniger Netto bei den Beschäftigten, sondern auch weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen und weniger Steuereinnahmen. ■

LANDESKONFERENZEN DER ARBEITS- GEMEINSCHAFTEN UND FOREN

Vorstands- und Organisationswahlen im März 2020

Im März 2020 finden in den elf Arbeitsgemeinschaften und drei Foren, die auf der Landesebene arbeiten, die Vorstands- und Organisationswahlen statt.

Zu den Landeskongressen/Mitgliederkongressen wird mit den detaillierten Tagesordnungen über den Newsletter der Landesorganisation, den alle Mitglieder mit einer in der Mitgliederverwaltung eingetragenen E-Mailadresse erhalten, eingeladen.

Vorstandsmitglieder und registrierte Interessierte erhalten die Unterlagen auch direkt per E-Mail bzw. per Post. Die Tagesordnungen werden auch unter der Kachel „Terminübersicht“ im Mitgliederbereich der der Homepage spd-land-bremen.de online gestellt. Sie können bei Interesse auch im Parteibüro unter info-land-bremen@spd.de oder tel. 0421/35018-0 angefordert werden. ■

Termine im Überblick



AG für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Montag, 2. März 2020, 17:00 Uhr
DGB-Haus,
Bahnhofplatz 22–28, 28195 Bremen



AG der Selbständigen in der SPD (AGS)
Dienstag, 10. März 2020, 19:00 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



AG Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Mittwoch, 11. März 2020, 18:00 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



AG Migration und Vielfalt
Mittwoch, 11. März 2020, 19:00 Uhr
Bürgerhaus Weserterrassen,
Osterdeich 70b, 28205 Bremen



AG SPD 60 plus
Donnerstag, 12. März 2020, 15:00 Uhr
KWADRAT,
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen



Forum Sport
Donnerstag, 12. März 2020, 19:00 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



FORUM EINE WELT Ausschuss für internationale Angelegenheiten (AIA)
Donnerstag, 12. März 2020, 19:30 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



Jusos
Samstag, 14. März 2020, 11:00 Uhr
Jugendherberge Bremen,
Kalkstr. 6, 28195 Bremen



AG Selbst Aktiv
Dienstag, 17. März 2020, 18:00 Uhr
Selbstbestimmt Leben e.V.,
Ostertorsteinweg 98, 28203 Bremen



AG Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)
Dienstag, 17. März 2020, 20:00 Uhr
Bürgerhaus Weserterrassen,
Osterdeich 70b, 28205 Bremen



AG für Bildung (AfB)
Mittwoch, 18. März 2020, 19:30 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
Montag, 23. März 2020, 19:00 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



SPDqueer (AG für Akzeptanz und Gleichstellung)
Mittwoch, 25. März 2020, 19:00 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen



AG Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Donnerstag, 26. März 2020, 18:30 Uhr
SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen,
Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen

— Anzeige —

SPD

STARKE FRAUEN.

AM 8. MÄRZ IST FRAUENTAG.

JETZT MATERIALIEN BESTELLEN: shop.spd.de

SPD.DE

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin. Foto: Getty Images.



FOTOS: GUILLAME FALCO, PIXABAY (2) / PEXELS.COM / MONTAGE: WAJTER

ERSTMALS ENQUETE

Bürgerschaft beschließt Kommission für Klimaschutzstrategie

Der Klimawandel stellt Bremen vor enorme Herausforderungen. Um Strategien für einen wirksamen, nachhaltigen und sozial gerechten Klimaschutz zu entwickeln, hat die Bürgerschaft nun erstmals in ihrer Geschichte eine Enquete-Kommission eingesetzt.

Novum in Bremen: Die Bürgerschaft hat erstmals in ihrer Geschichte eine Enquete-Kommission eingesetzt. Dabei handelt es sich um ein parlamentarisches Gremium, das sich mit einem bestimmten Sachkomplex auseinander setzen soll, und dem neben Abgeordneten auch Sachverständige angehören.

Nach dem Beschluss des Parlaments wird sich die Enquete-Kommission mit einer „Klimaschutzstrategie für das

Land Bremen“ befassen. Ihr werden neun Abgeordnete – davon zwei aus der SPD-Fraktion – und ebenso viele stellvertretende parlamentarische Mitglieder angehören. Hinzu kommen neun Sachverständige, die Mitglieder der Kommission sein werden.

„Radikalität in der Zielbeschreibung haben wir genug“, zitierte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, in seiner Rede in der Bürgerschaftsdebatte anlässlich der Einsetzung

des Ausschusses den Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur. „Was fehlt, ist die Konsequenz bei der Umsetzung – und Mut und Kreativität bei der Ausgestaltung der bestmöglichen Wege.“

Dazu, so Gottschalk weiter, könne die Kommission einen wichtigen Beitrag leisten. Bremen stehe vor großen Herausforderungen. „Wir haben uns sehr ambitionierte Ziele in der bremischen Klimapolitik gesetzt“, erklärte der Sozialdemokrat. „Aber das haben wir schon einmal getan: Bis 2020 wollten wir eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent erreichen. Dieses Ziel haben wir deutlich verfehlt – und das darf uns nicht noch einmal passieren.“

Die Aufgabe der Enquete-Kommission müsse daher auf die Praxis ausgerichtet sein. Ziel sei, bestmögliche Wege aufzuzeigen und zu beschreiben, wie diese ausgestaltet werden könnten, betonte Gottschalk – und benannte vier Dimensionen, die aus sozialdemokratischer Sicht bei dieser Ausgestaltung besondere Berücksichtigung finden sollten: „Die Wege und Maßnahmen müssen ökologisch effektiv und wirksam sein. Sie müssen ökonomisch tragfähig und nachhaltig sein. Sie müssen sozial gerecht und einfühlsam sein. Und sie müssen politisch mutig und geradlinig sein.“ ■

NEUES RAHMENKONZEPT GEFORDERT

Gesellschaftliche Teilhabe und Diversity stehen im Zentrum

Der Senat soll ein „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen und dazu die bereits bestehenden Integrationskonzepte zusammenführen. Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen.

Für die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tüchel, ist dies ein notwendiger und richtiger Schritt. Denn das Thema Migration drehe sich nicht nur um Geflüchtete, sondern umfasse eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen. Deswegen soll ein strategisches Rahmenkonzept neu entwickelt werden. „Es geht bei Integration nicht nur um Sprachkurse. Es geht um Ankommen in unserer Gesellschaft. Ankommen muss man aber auch zulassen. In diesem Sinne braucht Integrationspolitik einen Paradigmenwechsel. Und dazu müssen wir alle an den Struk-



FOTO: WILLIAM87 / FOTOLIA.COM

turen arbeiten. Fördermaßnahmen sind weiter sinnvoll, reichen aber allein nicht aus“, sagte Tüchel. „Wir haben nicht nur eine regelgeleitete Praxis vor Augen, sondern es geht um einen gemeinsamen Weg für unser Land. Um eine Idee, unterschiedliche Vorstellungen vom Leben zuzulassen, anzunehmen und sich zu öffnen. All dies gilt es, in einem Konzept zusammenzuführen.“ ■

Bremen soll ein „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erhalten, das bisherige Strategien bündelt.

BÜRGERSCHAFT GEGEN DIE TODESSTRAFE

Die Bürgerschaft hat Ende Januar die Todesstrafe als grausame, unmenschliche und entwürdigende Bestrafung verurteilt – und sich im Anschluss an die Debatte an einer Aktion gegen die Todesstrafe von Amnesty International beteiligt. „Die Todesstrafe stellt die erniedrigendste aller Strafen dar, sie entspringt dem Geist der Rache und Vergeltung und verhindert jede Chance auf Rehabilitation der jeweiligen verurteilten Person. Und: Sie ist unumkehrbar – die Gefahr, einen unschuldigen Menschen hinzurichten, ist groß und leider keine Seltenheit“, sagte die SPD-Abgeordnete Antje Grotheer. Deswegen sei es positiv, dass der weltweite Widerstand gegen die Todesstrafe wachse – was nicht zuletzt dem kontinuierlichen Einsatz von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft zu verdanken sei. „Denn wenn der Kampf gegen die Todesstrafe Teil der gesellschaftlichen Debatte bleibt, ist eine vollständige Abschaffung möglich.“